



Ratsreport

26. Februar 2018

Inhalt

Neuer Dezernent muss Wohnungs- und Schulbau energisch angehen	3
Chance nutzen, ÖPNV attraktiver machen	4
Stärkung des ÖPNV – Wichtiger Beitrag zur Luftreinhaltung in Köln	5
Große Bauprojekte professionell planen und steuern	6





Martin Börschel: "Wohnungsbau und Schulbau sind die wichtigsten Zukunftsaufgaben für Köln, die schnell und wirkungsvoll angegangen werden müssen." Bild: © Raimond Spekking, CC BY-SA 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=29711332>

Neuer Dezernent muss Wohnungs- und Schulbau energisch angehen

Börschel: Markus Greitemann bringt in entscheidenden Bereichen wenig Erfahrungen mit. Köln kann sich Verzögerungen nicht leisten. Wohnen ist ein Menschenrecht.

Köln hat einen neuen Dezernenten für Stadtentwicklung, Planen, Bauen und Wohnen: Der Rat wählte heute in einer Sondersitzung Markus Greitemann (CDU) in das Amt. Die SPD-Fraktion konnte bei der Wahl nicht zustimmen, weil dem neuen Mann besonders im Bereich des Wohnungsbaus wesentliche Erfahrungen fehlen.

Martin Börschel, Fraktionsvorsitzender: „Wir haben ein klares Anforderungsprofil an diese Position formuliert. Wohnungsbau und Schulbau sind die wichtigsten Zukunftsaufgaben für Köln, die schnell und wirkungsvoll angegangen werden müssen. Eine Einarbeitungszeit über mehrere Jahre können wir uns an dieser Position einfach nicht leisten.“

Börschel weiter: „In Köln steigen die Mieten und es gibt zu wenig neue Wohnungen. Aber: Wohnen ist ein Menschenrecht! Der neue Dezernent muss kurzfristig die Voraussetzungen schaffen, damit in Köln schnell

und effizient neue Wohnungen entstehen können, und den Werkzeugkasten gegen Preis- und Mietsteigerungen in- und auswendig kennen. Leider bringt Herr Greitemann genau in diesem Bereich kaum Erfahrungen mit. Auch dass er mit wichtigen Instrumenten wie Quartiersentwicklung, Konzeptvergaben oder den Instrumenten der Wohnungsaufsicht offenbar keine Vorstellungen verbindet, finden wir bedauerlich.“

Michael Frenzel, stadtentwicklungspolitischer Sprecher: „Egal, ob zur Miete oder im Eigentum: Wohnen in Köln muss für alle bezahlbar sein. Und im Schulbau brauchen wir endlich eine Gesamtstrategie, um den Notstand zu überwinden. Wir hoffen, dass Herr Greitemann die Probleme in beiden Bereichen nun trotz seiner mangelnden Erfahrung ohne Verzögerungen bekämpfen kann. Selbstverständlich werden wir ihn in der Einarbeitung konstruktiv unterstützen, aber auch die notwendigen Aktivitäten konsequent einfordern, damit diese Zukunftsaufgaben für Köln mit aller Kraft vorangetrieben werden.“

Chance nutzen, ÖPNV attraktiver machen

Pöttgen: Wer jetzt nicht handelt, nimmt Fahrverbote in Kauf. Längst beschlossene Maßnahmen gegen Luftverschmutzung schnell umsetzen.

Den ÖPNV in Köln schnell ausbauen und damit Anreize zum Umstieg auf Busse und Bahnen schaffen – darin sieht die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln ein geeignetes Mittel, die Luftverschmutzung in Köln zu bekämpfen. Andreas Pöttgen, verkehrspolitischer Sprecher: „Der Vorstoß aus Berlin zum Thema kostenloser Nahverkehr zeigt: Der Bund will den ÖPNV viel stärker als bislang finanziell fördern. Diese Chance müssen wir nutzen und das Stadtbahn- und Busnetz schnell ausbauen. Busse und Bahnen platzen zu den Stoßzeiten aus allen Nähten, viele Teile der Stadt sind nicht optimal an den Nahverkehr angebunden. Hier gibt es viel zu tun.“

In einer gemeinsamen Aktuellen Stunde zur heutigen Ratssitzung haben sich SPD, Linke und die Ratsgruppe BUNT für eine Stärkung des ÖPNV ausgesprochen. Pöttgen: „Wir brauchen jetzt schnell Maßnahmen und Lösungen, die in der aktuellen Situation einen kurzfristigen Beitrag für die Mobilität in der Stadt leisten können. Mittel- und langfristig muss der ÖPNV attraktiver gestaltet wer-

den.“

Wilfried Becker, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion: „Es geht um die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner. Wäre die Stadtverwaltung in der Vergangenheit aktiv geworden, stünden Fahrverbote jetzt vermutlich überhaupt nicht zur Debatte.“ Besonders für das stark belastete Mülheim hatte die SPD konkrete Maßnahmen erarbeitet: schnellstmöglicher Einsatz von E-Bussen, veränderte Streckenführung für LKW-Transitverkehr oder Pfortnerampeln im Bereich der Stadtgrenze an der Bergisch-Gladbacher Straße - kurzfristig umsetzbare Lösungen, denen sich CDU und Grüne bislang verweigert haben.

Im Rat hat die SPD zudem Expressbusse als attraktives Angebot zum Umsteigen vorgeschlagen. So könnte eine rechtsrheinische Schnellbusverbindung Porz-Kalk-Mülheim-Leverkusen einen Beitrag im stark belasteten Mülheim leisten. Andreas Pöttgen: „Wir müssen jetzt schnell handeln. Wer sich weiter verweigert, nimmt Fahrverbote billigend in Kauf.“

Der Rat hat den Antrag zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen. (Siehe nächste Seite.)



Andreas Pöttgen: „Wir müssen jetzt schnell handeln. Wer sich weiter verweigert, nimmt Fahrverbote billigend in Kauf.“

Stärkung des ÖPNV – Wichtiger Beitrag zur Luftreinhaltung in Köln

Jetzt handeln und endlich Maßnahmen umsetzen!

- Der Rat beauftragt die Verwaltung, sich in Kooperation mit der KVB, dem Verkehrsverbund Rhein Sieg und dem Nahverkehr Rheinland beim Bund für eine verstärkte finanzielle Förderung zum beschleunigten Ausbau der ÖPNV-Infrastruktur einzusetzen.
- Neben der Unterstützung für den Ausbau der ÖPNV Infrastruktur soll der Bund auch Mittel für den Betrieb zu Verfügung stellen, damit der ÖPNV attraktiver wird.
- Ziel muss es sein, schneller bislang unterversorgte Stadtteile anzubinden und das Kölner Umland besser anzubinden. Bei Entwicklung neuer Wohngebiete muss gleichzeitig die erforderliche ÖPNV-Infrastruktur geschaffen werden.
- Die Verwaltung wird beauftragt, unverzüglich ein Konzept für die Einrichtung von Expressbuslinien auf den in hohem Maße schadstoffbelasteten Strecken entlang der Aachener Straße, der Luxemburger Straße sowie zur Etablierung einer rechtsrheinischen Schnellbusverbindung Porz – Kalk – Mülheim - Leverkusen zu entwickeln und vorzulegen, das mit einer Finanzierung durch den Bund umgesetzt werden soll.
- Zur zügigen Planung und Umsetzung der anstehenden Projekte zum Ausbau und zur Stärkung des ÖPNV in Köln müssen in der Verwaltung die erforderlichen personellen Ressourcen geschaffen werden.
- Für die Gesundheit der Kölnerinnen und Kölner müssen bereits beschlossene und zusätzlich kurzfristig umsetzbare Maßnahmen unabhängig vom Verfahren zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans umgehend realisiert werden.

Diese Punkte wurden vom Rat zur weiteren Bearbeitung in die Verwaltung überwiesen.

Große Bauprojekte professionell planen und steuern

SPD fordert zukunftsfähige Bauprozesse. Stadtverwaltung muss Vertrauen der Kölnerinnen und Kölner zurückgewinnen.

Operndebakel, Brücken- und Tunnelsanierungen, Großbaustellen an Schulen und Museen: Immer wieder explodieren in Köln bei großen Bauprojekten die Kosten und der Zeitrahmen. Das offenbart eklatante Defizite sowohl in der Planung als auch in der Umsetzung von großen Baumaßnahmen. Deshalb fordert die SPD im Kölner Stadtrat, die Verfahren und Abläufe, wie Großbauprojekte geplant und gesteuert werden, besser zu sortieren. Damit sollen Planungs- und Umsetzungsfehler innerhalb der Verwaltung auf ein Minimum reduziert werden.

Inge Halberstadt-Kausch, baupolitische Sprecherin der SPD-Fraktion: „Die Kölnerinnen und Kölner haben nur noch wenig Vertrauen in ihre Stadtverwaltung, wenn es um große Bauprojekte geht. Und wer kann es ihnen verdenken? Immer wieder werden wir mit langen Bauzeitverzögerungen und immensen Kostensteigerungen konfrontiert. Damit muss endlich Schluss sein. Darum brauchen wir dringend professionelle und zeitgemäße Bauprozesse!“

Die SPD hat einen entsprechenden Antrag in die heutige Ratssitzung eingebracht. Professionelle Bauprozesse sollen Fehler von Beginn an vermeiden. Hierzu gehört eine seriöse Planung, ein stringentes Bau-Controlling sowie ein von Anfang an festgelegtes Krisenmanagement, mit dem Projekte im Notfall schnell wieder in geregelte Bahnen zurückgeführt werden. Die Ergebnisse des Gutachtens zum Bühnendesaster müssen dabei berücksichtigt werden. Halberstadt-Kausch weiter: „Wir wiederholen uns immer wieder: Erst planen, dann bauen! Dies schreiben wir auch dem künftigen Baudezernenten, der für all diese Projekte zuständig sein wird, ins Stammbuch.“

„Die Stadt muss endlich aus den Fehlern der Vergangenheit lernen. Köln darf sich nicht mit weiteren Peinlichkeiten bundesweit blamieren“, fordert Halberstadt-Kausch abschließend.

CDU, Grüne und FDP sahen den offensichtlichen Handlungsbedarf nicht und konnten sich nicht zu einer Zustimmung durchringen. Der Antrag wurde in den Bauausschuss überwiesen.



Inge Halberstadt-Kausch: „Die Stadt muss endlich aus den Fehlern der Vergangenheit lernen.“

Bild: © Raimond Spekking, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=61429832>